

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Der Konflikt in den US-Gewerkschaften

Walter Reuther, der Präsident der 1 325 000 Mitglieder umfassenden Gewerkschaft der Automobilarbeiter der USA (UAW), hat seine Gewerkschaft aus dem Verband der etwa 15 Millionen umfassenden Dachorganisation, der AFL-CIO, herausgenommen und damit den seit langem schwelenden Konflikt zwischen ihm und dem Leiter der AFL-CIO, George Meany, zum offenen Ausbruch gebracht. Um diesen Schritt, der möglicherweise weittragende Folgen in sich schließt, zu verstehen, ist es angezeigt, kurz auf die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften in USA zurückzugreifen; denn die Hintergründe gehen bis in die erste Zeit der Gewerkschaftsbewegung zurück.

Als sich herausstellte, daß der 1869 als Geheimorganisation der Bekleidungsarbeiter von Philadelphia gegründete *Order of the Knights of Labor* (Orden der Ritter der Arbeit) infolge der Verquickung sozialer und politischer Forderungen mit seinen idealistischen Reformplänen, die auch die Aufnahme von Mitgliedern aus allen Berufen und Gruppen zuließen, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft nur ungenügend vertreten

konnte, gründete *Samuel Gompers*, der Präsident der Zigarrenmachergewerkschaft, 1881 eine neue Organisation, aus der 1886 die *American Federation of Labor* (AFL) hervorgegangen ist. Gompers, der die AFL bis zu seinem Tode (1924) führte und sich um die amerikanische Gewerkschaftsbewegung unvergängliche Verdienste erworben hat — sein Denkmal steht an einer der vornehmsten Straßen Washingtons — betrachtete die gelernten Arbeiter als die wertvollsten Mitglieder; er war der Begründer des *Craft-Prinzips*, des Zusammenschlusses nach Berufen, und gegen eine Organisation auf der Grundlage des Betriebs- oder Industrie-Prinzips (*industrial unions*). Von Parteipolitik hielten sich die Gewerkschaften im allgemeinen fern, es kam in den USA nie weiter als zu Ansätzen der Bildung einer -politischen Arbeiterpartei. Die Tradition, die in europäischen Ländern die Arbeiter an ihre Gewerkschaften und die hinter ihnen stehende politische Partei bindet, fehlt.

Der *Norris-La Guardia-Act* von 1932 sicherte den Gewerkschaften die Stellung als Tarifpartner und erkannte Streik- und Boykottmaßnahmen als wirtschaftlich gerechtfertigt an.

Der *New Deal* brachte inmitten der größten Wirtschaftskatastrophe, die die USA im Lauf ihrer Geschichte betroffen hat, dem Gewerkschaftsleben neuen Aufschwung. Im *In-*

dustrial Recovery Act kam es auf Betreiben von John Lewis, dem Führer der Bergarbeitergewerkschaft, zu einer Bestimmung, durch die die Arbeiter das Recht erhielten, ihre Partner für Tarifverhandlungen unbeeinflusst vom Arbeitgeber zu wählen. Diese beiden Gesetze wurden gekrönt durch den *Wagner Act* von 1935, der die Hauptgrundlage für den nun steilen Aufstieg der Gewerkschaftsbewegung geworden ist.

John Lewis Absicht, als Grundlage des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses den Einzelbetrieb zu nehmen, fand keine Gegenliebe bei den Führern der AFL. 1935 kam es zum Bruch. Lewis und andere gründeten den *Congress of Industrial Organisation* (CIO), der nach kurzer Zeit 6 Millionen Mitglieder zählte, womit der CIO die AFL zunächst überflügelte. 1955 kam nach jahrelangen erbitterten Kämpfen unter dem Namen AFL-CIO die gemeinsame Dachorganisation zustande, in die die AFL 109 Gewerkschaften mit fast 11 Millionen Mitgliedern, der CIO 32 Gewerkschaften mit 5,2 Millionen einbrachten.

Präsident der AFL-CIO ist seit ihrer Gründung im Jahre 1955 der heute 76jährige George Meany, während der sechzigjährige Walter Reuther, der die CIO in die Dachorganisation eingebracht hat, Vizepräsident der AFL-CIO, Präsident der Abteilung CIO und Präsident der UAW ist. Reuther ist ein Arbeiterführer mit tadelloser Vergangenheit. Auf sein Betreiben wurde 1958 die von James Hoffa geleitete Teamsters Union, die Gewerkschaft der Lastkraftwagenfahrer, die damals mit 1,457 Millionen Mitgliedern die größte amerikanische Gewerkschaft war, wegen schwerer Mißstände aus der AFL-CIO ausgestoßen. Sie ist bis heute nicht wieder aufgenommen worden. Auch bei der Säuberung des Gewerkschaftsverbandes von kommunistisch orientierten Gewerkschaften hat sich Reuther stets durchgesetzt.

Obwohl sich sowohl Meany als auch Reuther stets bemühten, ihre unterschiedlichen Auffassungen auszugleichen, mußte Reuthers dynamische Haltung, die Stagnation im Gewerkschaftsleben stets bekämpft hat, auf die Dauer mit der mehr konservativen Einstellung Meany's, der Reuther als Träumer bezeichnet, in Konflikt kommen. Meany sieht seine Hauptaufgabe darin, die 128 Einzelgewerkschaften der AFL-CIO zusammenzuhalten, während Reuther vor allem danach strebt, die vielen nichtorganisierten Arbeitnehmergruppen, insbesondere in den unteren Lohnschichten, in der Landwirtschaft, im Textilgewerbe, vor allem auch die weiblichen Arbeitnehmer und die auch in den USA schwer zu organisierenden *white collar workers*, etwa dem deutschen Angestelltenbegriff gleichzusetzen, zu gewinnen. Letzten Endes ist damit der alte Gegensatz zwischen dem *Craft-Prinzip* und dem Zusammenschluß nach *Industriezwei-*

gen, der immer unter der Decke weiterlebte, wieder aufgeflammt. Reuther beklagt, daß infolge mangelhafter Werbung die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder keineswegs entsprechend der Zunahme des Gesamtbestandes an Arbeitskräften angewachsen ist. Die Gewerkschaften sollten auch am politischen Leben des Landes einen regeren Anteil nehmen, so an der civil-rights-Bewegung, die die Rechte der Neger zu verbessern sucht, und in der Außenpolitik, an der Meany zu wenig Interesse nehme.

Versuche, die Gegensätze zu überbrücken, scheiterten daran, daß Meany zur Einberufung einer Tagung sich nur unter der Bedingung bereiterklärte, daß Reuther mit der UAW auch dann in der AFL-CIO verbleiben werde, wenn die Beschlüsse gegen seine Auffassung ausfallen sollten. Reuther stellte hierauf die Beitragszahlung der UAW zur AFL-CIO ein, was nach 90 Tagen den automatischen Ausschluß der säumigen Gewerkschaft zur Folge hatte. Reuther und die Mitglieder der UAW im Vorstand der AFL-CIO verloren damit ihre Positionen in der Dachorganisation.

Die UAW war als die größte Gewerkschaft im Rahmen der AFL-CIO besonders bedacht, finanziell schwachen Gewerkschaften bei Streiks zu helfen. Reuther wollte einen großen Streikfonds für alle Mitglieder der Dachorganisation schaffen; Meany war auch hier entgegengesetzter Meinung.

Der finanzielle Ausfall durch das Ausscheiden der größten Gewerkschaft ist für die AFL-CIO zu ertragen, da ihr 13,5 Millionen Mitglieder verbleiben. Bedenklicher würde die Sache, wenn sich der Trennungsschnitt dadurch ausweiten würde, daß Reuther aus dem CIO-Abschnitt der Dachorganisation Bundesgenossen auf seine Seite herüberzuziehen versuchen würde, oder wenn er gar mit der Teamster Union, zu deren Ausschluß 1958 er maßgebend beigetragen hatte, Verbindungen aufnehmen würde.

Nicht zu überblicken sind die Folgen für die Beziehungen zwischen den Partnern des Arbeitsvertrages. Finanziell schwächere Gewerkschaften werden wohl die Hilfe der UAW für ihre Streikkassen vermissen. Die Aufspaltung der Dachorganisation kann möglicherweise die Zielgestaltung bei den im Sommer kommenden Tarifverhandlungen in höchst bedeutsamen Wirtschaftssektoren erschweren und die Stellung der Arbeitgebererschaft stärken; andererseits ist nicht zu verkennen, daß unter den Gewerkschaften ein Wettlauf eintreten kann; wer die günstigsten Bedingungen erreicht, kann auf großen Zugang neuer Mitglieder rechnen. Schwieriger wird es auch angesichts der abnehmenden Autorität der Leitung an der Spitze werden, wilde Streiks, in USA *wild-cat-strikes* (Wildkatzenstreiks) genannt, zu verhüten. Im Jahre 1967 war ein

Siebtel aller Streiks von solchen widerspenstigen Gewerkschaftsmitgliedern ausgelöst worden.

Bei der hohen Zahl der Gewerkschaftsmitglieder kann ihre Stimme bei der Präsidentschaftswahl den Ausschlag geben. Meany hat seine Präsident *Johnson* zugesagte Hilfe nach dessen Erklärung, er wolle sich nicht der Wiederwahl stellen, Vizepräsident *Humphrey* übertragen; Reuther hat sich noch nicht festgelegt, neigte aber *Kennedy* zu. Diese Zusagen dürfen in ihrer Auswirkung nicht überschätzt werden. Der Arbeiter denkt in USA politisch viel zu selbständig, als daß er sich bei Ausübung des Wahlrechts von irgendeiner Seite beeinflussen ließe. Das hat sich bei der dritten Wahl *F. D. Roosevelt's* im Jahre 1940 gezeigt, als der obenerwähnte John Lewis, der damalige Führer der CIO, den Republikaner *Willkie* unterstützte. Trotzdem stimmte weitaus die Mehrzahl seiner Gewerkschaftsmitglieder für den Demokraten Roosevelt.

Dr. Robert Adam, z. Z. Washington

Maßregelungen in Jugoslawien

Die Studentenunruhen in Belgrad, die einen Augenblick lang bedrohliche Ausmaße anzunehmen schienen, haben ein unerfreuliches politisches Nachspiel. Zwar war es Präsident *Tito* mit seiner beispielhaft vernünftigen Haltung, die den Studenten Gerechtigkeit widerfahren ließ, gelungen, den Konflikt sogleich zu entschärfen und in rationale Bahnen zu lenken. Einmal mehr hat *Tito* sich damit als ein großer Staatsmann erwiesen, an dem sich manche unserer westlichen Politiker, die sich mit der Unruhe an unseren Hochschulen befassen müssen, ein Beispiel nehmen könnten.

Nicht dasselbe jedoch ist vom jugoslawischen *Parteiapparat* zu sagen. Da *Tito* ein Verschulden der Partei zugab, scheinen einige Parteibürokraten Angst bekommen zu haben, man könnte sie von oben zur Verantwortung ziehen. In einem solchen Falle neigen bürokratische Naturen gern dazu, nach Sündenböcken zu suchen — oder vielmehr solche zu schaffen —, auf die man die Verantwortung abwälzen kann. Im Osten wie im Westen sind in den letzten Jahren bekanntlich die *Intellektuellen* zum privilegierten Objekt der Sündenbock-Jagd avanciert, und zwar — im Osten — vor allem jene Intellektuellen in der Partei, die trotz — oder besser: gerade wegen — ihrer grundsätzlichen Obereinstimmung mit den Zielen des Marxismus an der Politik der Partei Kritik üben und so etwas wie eine innerparteiliche Opposition bilden. So hat die *polnische* Partei nach den ersten Studentenunruhen in Warschau Prof. *Leszek Kolakowski*, einen marxistischen Philosophen

von internationalem Ansehen, aus der Partei ausgestoßen, und als dann im Frühjahr die Unruhen an der Universität Warschau erst recht aufflammten, wurden *Kolakowski* und fünf seiner Kollegen sogar als Professoren entlassen.

Da die polnische Partei heute neben derjenigen *Ulbrichts* die reaktionärste in Ost-Europa ist, kam das freilich nicht überraschend. Daß aber ausgerechnet die auf ihre avantgardistische Rolle so stolze jugoslawische Partei — oder jedenfalls eine ihrer verbürokratisierten Unterorganisationen — sich an den reaktionären Polen ein Beispiel nehmen und es ihnen nachmachen würde, kommt schon eher überraschend. Im Zusammenhang mit den jugoslawischen Studentenunruhen wurden nämlich die beiden Zagreber Professoren *Gajo Petrovic* und *Mladen Caldarovic* aus der Partei ausgestoßen. Bezeichnenderweise gehören beide dem Redaktionsstab der Zagreber Philosophischen Zeitschrift *Praxis* an — *Petrovic* ist neben Prof. *Rudi Supek* einer der beiden Chefredakteure —, deren internationale Ausgabe sich in wenigen Jahren von Prag bis Princeton den Ruf erworben hat, das beste, klügste, interessanteste Avantgarde-Organ eines zeitgemäßen, humanistischen Marxismus zu sein.

Wer *Gajo Petrovic* kennt, der weiß, daß dieser stille, sensible Mann, der an der Universität Zagreb Logik und Erkenntnistheorie lehrt, im besten Sinne ein Gelehrter ist. Er hat mehrere philosophische Werke verfaßt; sein Buch über „Marx in der Mitte des 20. Jahrhunderts“ eröffnet der Marx-Interpretation erregend neue Perspektiven. Ausgerechnet diesem Manne und seinem Kollegen *Caldarovic* nun wirft die Partei vor, sie hätten „für eine Demokratisierung der Gesellschaft gekämpft, indem sie typisch undemokratische Halbstarke-Methoden verwenden“. *Gajo Petrovic* und *Mladen Caldarovic* als Halbstarke — wie beschämend für eine Partei, sich von ihren Bürokraten vor dem In- und Ausland derart blamieren lassen zu müssen!

Natürlich holte man auch das bewährte Argument aus der ideologischen Mottenkiste, die beiden Professoren hätten „sehr extreme demagogische anarcho-liberalistische Ansichten“ vertreten. Genau das Gegenteil ist wahr: im vergangenen Sommer auf der Insel Korcula, wo sich die Pnzxw-Philosophen zu einer internationalen Sommerschule trafen, waren es eben diese Philosophen — *Petrovic* und *Caldarovic* waren dabei —, die der Partei- und Staatsbürokratie vorwarfen, in Jugoslawien das Entstehen anarcho-liberalistischer Zustände geduldet zu haben. Man braucht sich heute ja nur etwas in Jugoslawien umzusehen, um zu verstehen, was damit gemeint ist. Und ist kürzlich nicht von höchster Stelle warnend darauf hingewiesen worden, daß dem-

nächst einmal untersucht werden müsse, wie gewisse Parteifunktionäre zu ihren Privathäusern kamen?

Man kann es verstehen, daß die Parteibureaucraten sich durch den Ausschluß von Unbestechlichen wie Petrovic und Caldarovic einer parteiinternen Opposition entledigen wollen. Aber der Angriff ist auch auf die Zeitschrift *Praxis* — deren serbokroatische Ausgabe monatlich erscheint — gerichtet: diese ist infolge ihrer unverblühten Sprache, ihres Niveaus und ihres internationalen Prestiges gewissen Parteikreisen ein ganz besonderes Ärgernis. Immer wieder ist versucht worden, durch Sperrung der staatlichen Subventionen, ohne die die Zeitschrift nicht leben kann, das Unternehmen zu sabotieren. Die Studentenunruhen kamen nun für diese Kreise wie gerufen, um die *Praxis* unter Anklage

der politischen Jugendverführung stellen und ihr endlich den Giftbecher reichen zu können: die Gelder wurden wiederum gesperrt, und diesmal sieht es ernst aus.

Wenn man weiß, welchen positiven Einfluß Jugoslawien im allgemeinen und die avantgardistischen jugoslawischen marxistischen Philosophen im besonderen auf Theorie und Praxis im sogenannten Osten — bis nach Moskau hinein — ausübten und ausüben, kann man solche „polnische“ Entwicklungen zwischen Save und Donau nur bedauern. Die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei wären vielleicht ohne Titos Pionierleistung auf dem Wege zu einem demokratischen Marxismus nicht — oder noch nicht — möglich gewesen. Gelegentlich kann ein Lehrer aber auch von seinen Schülern lernen ...

Dr. Arnold Künzli